
Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Martin Harms
Ausschussmitglied Byrte Janßen

Mitglied SPD-Fraktion

Stellv. Ausschussvorsitzender Wolfgang Jeschke
Ausschussvorsitzender Michael Veh

Mitglied Gruppe Grüne/WBV

Ausschussmitglied Peter Sokolowski

Mitglied Gruppe BASU/Hammadi

Ausschussmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Grundmandat Horst Dieter Walzner

Bedienstetenvertreter

Werner Bolinius
Dirk Janßen
Dieter Kanth

Verwaltung

Tim Menke
Holger Kullik
Jens Müll
Thomas Wolanski
Kerstin Koubenski (Protokollführung)

Gäste:

Herr Engelhardt, Wirtschaftsprüfer PricewaterhouseCoopers AG

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 04.07.2014
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 22.07.2014
- 4 Beschluss über die Tagesordnung
- 5 Vorlagen an den Rat
- 5.1 Jahresabschluss 2013 der Technischen Betriebe Wilhelmshaven (TBW) sowie **195/2014**
Entlastung der Betriebsleitung
- 5.2 Verbesserung der Stadtsauberkeit **202/2014**
- 6 Vorlagen an den Betriebsausschuss
- 7 Mitteilungen und Anfragen
- 7.1 Zwischenbericht TBW 30.06.2014
- 7.2 Baustellen Altengroden
- 7.3 Abfallbehälter Helderer
- 7.4 Fahrradstraße Schellingstraße

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende **Herr Veh** eröffnete die öffentliche Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 04.07.2014

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven (BTBW) vom 04.07.2014 wurde einstimmig genehmigt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 22.07.2014

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzungen des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven (BTBW) vom 22.07.2014 wurde mit einer Enthaltung wegen Nichtanwesenheit genehmigt.

4 Beschluss über die Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form einstimmig festgestellt.

5 Vorlagen an den Rat

5.1 Jahresabschluss 2013 der Technischen Betriebe Wilhelmshaven **195/2014** (TBW) sowie Entlastung der Betriebsleitung

Der Wirtschaftsprüfer **Herr Engelhardt** stellte den Jahresabschluss anhand einer Präsentation vor.

Frau Ober-Bloibaum fragte, ob bei der Kaiser-Wilhelm-Brücke (K-W-Brücke) die Sanierungsmaßnahmen abgeschlossen seien, ob man mit der veranschlagten Summe ausgekommen ist oder ob noch im Nachtragshaushalt bewilligt werden muss. Eine weitere Frage sei, ob es noch andere Träger der Kosten gibt.

Herr Kullik antwortete, die K-W-Brücke sei per 01.12.2013 bei TBW aktiviert und somit jetzt Bestandteil des Anlagevermögens. TBW weist für die K-W-Brücke per 31.12.2013 Herstellungskosten in Höhe von 9,6 Mio. Euro aus (Übernahme Anlagen im Bau sowie Rückstellungen für ausstehende Rechnungen abzüglich Zuschüssen). Ein in der Finanzierung der Baumaßnahme dienendes Darlehen (ursprünglich WGG) in Höhe von 4,4 Mio. Euro Restvaluta wurde beschlussgemäß per 01.01.2014 auf TBW übertragen.

Herr Menke erläuterte, dass die Maßnahmen weitestgehend abgeschlossen sind und lediglich noch einige Restarbeiten im Bereich der Steuerungstechnik anfielen. Die Brücke wurde bei TBW aktiviert mit 9,6 Mio. Euro, einschließlich Hochbau- und Umfeldgestaltung von 1 Mio. Euro. Derzeit befindet sich die Endabrechnung der Brücke in Arbeit bei GGS und WGG.

Weiter fragte **Frau Ober-Bloibaum**, ob sich der Bund an den Kosten beteiligt. **Herr Menke** antwortete, eine Erhöhung der Zuschüsse sei ihm nicht bekannt.

Herr Sokolowski fragte, ob die Deichbrücke in dem Zahlenwerk (z. B. als Rückstellung) mit vorhanden sei.

Herr Kullik sagte dazu, die Deichbrücke sei enthalten als Bestandteil des Infrastrukturvermögens mit dem alten Restbuchwert. Investive Maßnahmen werden voraussichtlich im Wirtschaftsplan 2015 abgebildet. **Herr Menke** ergänzte, TBW beschäftige sich zurzeit intensiv mit der Deichbrücke und sei in der Vorbereitung der Sanierungsmaßnahmen in der Planung. Derzeit zeichnet es sich ab, dass sich die Deichbrücke im Investitionsplan 2016/2017 widerspiegeln wird. TBW ist dort noch in der Entscheidungsfindung.

Herr Harms fragte nach der ungefähren Summe für die Sanierungsmaßnahmen. Laut **Herrn Menke** wird die Summe ca. 4,5 bis 5 Mio. Euro betragen.

Herr Veh fragte an, wie viel von den veranschlagten 3 Mio. Euro Abschreibungen für Investition Straßenbau ausgegeben wurde. **Herr Kullik** erklärte, im Wirtschaftsplan wurden 2 Mio. Euro für die Straßensanierung plus 300.000 Euro für die Straßenbeleuchtung eingestellt. Die Mittel wurden weitestgehend ausgegeben.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

- 1.) Der Jahresabschluss der Technischen Betriebe Wilhelmshaven (TBW) zum 31.12.2013 wird gemäß Abschlussprüfung der PricewaterhouseCoopers AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, mit einem Jahresgewinn von 2.245.048,75 € beschlossen (festgestellt).
- 2.) Der Lagebericht wird gleichfalls festgestellt.
- 3.) Gemäß § 33 der Niedersächsischen Eigenbetriebsverordnung wird der Betriebsleitung Entlastung erteilt.

4.) Von dem Jahresgewinn werden zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung und zur Finanzierung von Investitionen 705.048,75 € in die allgemeine Rücklage eingestellt sowie 1.540.000,- € zur Verzinsung des Eigenkapitals ausgeschüttet.

5.2 Verbesserung der Stadtsauberkeit

202/2014

Vor Vorstellung der Vorlage erklärte **Herr Veh**, die SPD sowie die CDU wollten diesen Tagesordnungspunkt nur als 1. Lesung behandeln. Man möchte diese Vorlage erst abschließend nach den Haushaltsklausuren bearbeiten.

Herr Sokolowski erklärte hierzu, dass es netter wäre, diese Information auch an die anderen Mitglieder des Ausschusses vorher rauszugeben.

Herr Menke stellte dann die Vorlage anhand einer Präsentation vor.

Herr Harms weist darauf hin, dass wenn die Bürger es sauberer haben möchten, es auch teurer werden wird. Die Leistungsgrenze der Mitarbeiter TBW sei erreicht. Bessere Stadtsauberkeit wird nur durch den Einsatz weiterer Ressourcen möglich. Deswegen werde die Beschlussvorlage nochmal in die Fraktionen genommen, um zu besprechen, wie sich die Gebührenerhöhungen auf den Bürger auswirke.

Frau Ober-Bloibaum fragte nach den unterschiedlichen Gehältern. Die Mitarbeiter der Abfallentsorgung erhalten mehr Geld als die der Stadtreinigung. Diese sollen jetzt in der Stadtreinigung eingesetzt werden, behalten aber ihre Entgeltgruppe. Sie weist darauf hin, dass dies Unstimmigkeiten zwischen den Mitarbeitern geben könnte. Dies wäre sozial ungerecht.

Herr Menke sieht diese Ungerechtigkeit so nicht. Die organisatorische Lenkung erfolgt über die Stadtreinigung, die gebührentechnische Aufteilung der Mehrkosten sind ca. 1/3 Stadtreinigung und 2/3 Abfallwirtschaft, d. h. ein Großteil der Mitarbeiter bleibt auch im Bereich der Abfallwirtschaft bei TBW tätig.

Frau Janßen möchte noch mal erwähnen, dass es als außerordentlich positiv zu bewerten sei, dass TBW die Mitarbeiter nach ihren Leistungsmöglichkeiten einsetzen möchte.

Herr Kanth erklärte, dass der Gesamtpersonalrat die Verbesserung der Stadtsauberkeit grundsätzlich positiv befürworten würde. Die vorgeschlagenen Maßnahmen könnten jedoch noch nicht abschließend bewertet, nachvollzogen und damit beschlossen werden. In diesem Zusammenhang sprach **Herr Kanth** folgende Fragestellungen an:

- Ist eine Rückführung der Aufgaben der WEL unter wirtschaftlichen und politischen Aspekten sinnvoll
- Einstellung von Mitarbeitern bei TBW
- Einflüsse des neuen technischen Dezernates
- Verbleib der Abteilungsleitung Abfall bei TBW
- Widerspruch zum Ratsbeschluss aus 2007
- Körperliche Beanspruchung durch die neue Tätigkeit
- Einbindung der Schwerbehindertenvertretung
- betriebsärztliche Stellungnahmen
- Gebührensteigerungen
- abweichende Eingruppierungen für gleiche Tätigkeiten

- Arbeitsbedingungen und Tarife bei WEL
- kein Markttestverfahren.

Herr Kanth bat um Prüfung dieser Themen im Interesse der Mitarbeiter.

Herr Walzner unterstützte die Äußerungen von Herrn Kanth und wies darauf hin, dass bei TBW keine jüngeren Mitarbeiter mehr eingestellt wurden. Seiner Meinung nach gäbe es durchaus Ansätze, die WEL in die TBW zu integrieren.

Herr Sokolowski führte aus, dass er die leichteren Tätigkeiten für die Mitarbeiter kritisch sehe. Grundsätzlich wünsche er sich mehr Sachlichkeit bei dem Thema, auch bei Pressemitteilungen, wie z. B. von der UWG. Das Thema Stadtsauberkeit wird unterstützt und es sei klar, dass dies mit Kosten für den Bürger verbunden sei. Diese seien zu kommunizieren.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich **Herr Walzner, Herr Sokolowski** und **Herr Veh**.

Herr Menke erklärte noch einmal zur Versachlichung und Erläuterung des Beschlussvorlages, welche Intentionen hiervon ausgehen. Es würden gerade sehr viele Themen miteinander verbunden. Erst einmal müsse man darüber entscheiden, ob man mehr Stadtsauberkeit wünsche. Das sei eine Grundsatzentscheidung. Mehr Stadtsauberkeit koste mehr Geld. Dazu hat TBW einen Umsetzungsvorschlag gemacht. Der Umsetzungsvorschlag basiert auch auf bestehende politische Beschlüssen, die aus einer langjährigen Entwicklung entstanden sind. Wenn die Politik diese wieder in Frage stellen möchte, ist dies entsprechend vorzugeben. Die WEL sei ein 100 % kommunaler Betrieb und arbeite gemäß den Vorgaben von Politik und Verwaltung. Die Stadt hat 100 % Einfluss und WEL sei kein privater Betrieb. Die WEL ist 2005 ganz bewusst gegründet worden für den Bereich der kommunalen Abfallwirtschaft, um diese Aufgabe für den Bürger möglichst wirtschaftlich zu erledigen. Es sei auch eine ganz bewusste Entscheidung, dass sich die WEL schrittweise weiter entwickeln und aus „TBW heraus geführt“ würde. Mitarbeiter von TBW erbringen Dienstleistungen für die WEL. Man betreibe bei der TBW einen deutlichen höheren Aufwand zur Sicherstellung der Aufgaben Restabfallsammlung als bei WEL. **Herr Menke** verdeutlichte anhand einer Grafik den Einsatz der Mitarbeiter. Im Bereich der Abfallsammlung TBW bestehe Handlungsbedarf zur Sicherstellung der Aufgaben.

Herr Harms befürwortete den Einsatz in leichteren Betätigungsfeldern für das gleiche Geld.

Herr Bolinius wundere die Überalterung bei TBW nicht, da über Jahre keine jüngeren Mitarbeiter eingestellt wurden. Bei WEL sei das nicht so. Es sei also eine sehr geschönte Darstellung. Die Politik sei eigentlich auch angetreten, die vielen Gesellschaften, die es bei der Stadt gibt, zusammenzuführen, aufzulösen und das Ganze zu rekommunalisieren. Es stelle sich die Frage nach einer Rückführung der WEL zu TBW.

Herr Harms erklärte, dass es erklärtes Ziel gewesen sei, die Abfallwirtschaft zu WEL zu übertragen. Es gehe ja auch um Kosten. In der WEL werde die gleiche Arbeit wirtschaftlicher erbracht.

Herr Jeschke sagte dazu, dass es unstrittig sei, dass sich das Stadtsauberkeitsbild ändern müsse. Schon allein aus finanziellen Gründen müsse noch einmal im

Haushalt beraten werden. Seiner Meinung sei es mit den 400.000 Euro nicht getan, man werde dabei ja auch den Sozialhaushalt belasten. Man solle sich das Gesamtbild noch mal ansehen und dann entscheiden.

Herr Walzner ist auch dafür, den Beschluss noch einmal zurückzustellen und diesen in den Fraktionen zu beraten. Man könne dies jetzt „nicht übers Knie“ brechen. Er bleibe dabei, dass die WEL in die TBW übergehen solle und nicht umgekehrt.

Herr Harms wies nochmal darauf hin, man müsse entscheiden, ob man eine saubere Stadt haben wolle oder nicht. Wenn ja, würde dies auch mit Kosten verbunden sein.

Herr Sokolowski findet grundsätzlich den Trend der Rekommunalisierung, der sich ja in vielen Kommunen abzeichnet, gerade in den Bereichen Abfallwirtschaft, Energie und Wasser, richtig. Man habe mit der WEL keinen privaten Anbieter im klassischen Sinne, sondern eine 100%ige Tochter der Stadt, die „fast rekommunalisiert“ sei, außer dass die Anstellungsverträge anders geregelt sind. Wenn man eine Rekommunalisierung der WEL im 100%igen Sinne mache, dann würde man über noch mehr Kosten sprechen. Diese Diskussion gehöre nicht in die heutige Sitzung.

Herr Menke wies erneut darauf hin, dass es um die Verbesserung der Stadtsauberkeit gehe. Man sehe zurzeit bei dem Einsatz der Mitarbeiter Abfallwirtschaft TBW erhebliche operative Probleme. Es sei aus Sicht der TBW sinnvoller, die Mitarbeiter der Abfallwirtschaft für andere Aufgaben entsprechend ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit einzusetzen. TBW schlägt vor, die zusätzlichen Stellen für die Stadtsauberkeit zunächst mit den Mitarbeitern der Abfallwirtschaft TBW zu besetzen. Die Diskussionen zum Thema Rekommunalisierung könne man auch im Anschluss führen.

Herr Kanth regte an, ob man nicht das Konzept von GGS zu diesem Thema auch bei TBW machen könne.

Herr Menke sagte dazu, dass man sich bei TBW auch mit diesem Thema beschäftigt habe und es sei nicht vergleichbar. Bei GGS wurden Dienstleistungen der Stadt mit privaten Dritten verglichen. Die WEL ist kein privater Dritter, sondern ein kommunales Unternehmen, das sich in 10 Jahren auch mehr als bewährt habe. Ein Vergleich ist hier nicht zielführend. Zu bewerten wären die Auswirkungen einer Rückführung der WEL in die TBW unter den Bedingungen des TVöD.

Herr Veh stellte eine Frage zum Thema der Mehrkosten und dargestellten Auswirkungen auf die Gebühren.

Herr Menke erklärte hierzu, man habe die zusätzlichen Kosten der Stadtsauberkeit von 400.000 Euro umgelegt auf die Bereiche Abfall und Stadtreinigung. Die bisherigen Mitarbeiter der Abfallwirtschaft bleiben auch zukünftig im gebührenrelevanten Bereich Abfallwirtschaft und Stadtreinigung bei TBW eingesetzt. Dies führe bei den bisherigen Mitarbeitern zu keiner Kostenreduzierung. Da man über die Auftragserweiterung an die WEL 400.000 Euro an Mehrkosten habe, sind diese auf die Gebühren umgelegt.

Herr Walzner fragte zum Punkt Müllkontrollen, ob man die Mitarbeiter (3er-Team), z. B. mit Fotokameras einsetze. **Herr Wolanski** sagte dazu, dass die WEL dies

grundsätzlich tue. Wenn man Sperrmüllhaufen habe, wo beispielsweise Restabfälle liegen geblieben sind, wird dies sofort dokumentiert (mit Foto usw.) und an die untere Abfallbehörde gemeldet.

Herr Veh ließ darüber beschließen, die Vorlage zu den Klausuren zu vertagen und in den Fraktionen noch einmal zu diskutieren.

Beschluss:

-vertagt-

6 Vorlagen an den Betriebsausschuss

Keine

7 Mitteilungen und Anfragen

7.1 Zwischenbericht TBW 30.06.2014

Herr Kullik erläuterte anhand einer Präsentation den Zwischenbericht TBW.

Herr Veh fragte mit Blick auf das Zwischenergebnis nach einer Möglichkeit, den Plan ein wenig bereinigt darzustellen. Für ihn sei der Halbjahresbericht in seiner Aussagekraft nur bedingt aussagefähig.

Herr Kullik erklärte dazu, die Eigenbetriebsverordnung schreibt eine Darstellung der Zahlen per 30.06. eines laufenden Jahres vor. Einflüsse aus Zahlungsströmen nach diesem Datum könnten somit in der stichtagsbezogenen Darstellung nicht berücksichtigt werden. Die Tatsache, dass das Gesamtjahresergebnis nicht mit dem des Halbjahres vergleichbar sei, läge auch daran, dass Einflussgrößen auf das Jahresergebnis, wie beispielsweise Gebührenüber- und unterdeckungen erst im Rahmen des Jahresabschlusses im Folgejahr ermittelt werden könnten.

Herr Sokolowski sagte dazu, dass der Plan für ihn schon aussagekräftig ist. Die Zahlen seien die Zahlen, die per 30.06.2014 existieren, diese könnten ja auch viel schlechter aussehen. Der Aufwand, einen Halbjahresplan so zu verfassen wie einen Ganzjahresplan, wäre viel zu groß. Die Geschäftsführer haben das Vertrauen des Ausschusses und er sei sich sicher, dass diese den Ausschuss rechtzeitig informieren würden, wenn „etwas aus dem Ruder“ laufen würde.

Herr Kullik erläuterte, dass bei der Vorstellung des Halbjahresberichtes auch mit einem Ausblick über den Stichtag hinaus berichtet würde, um beispielsweise Zahlungsströme mit Einfluss kurz nach diesem Stichtag darzustellen.

Frau Janßen erklärte, zu diesem Zeitpunkt sind diese Zahlen äußerst positiv zu bewerten. Man könne erst am Ende des Jahres sehen, in welcher Weise sich die tatsächlichen Verhältnisse darstellen.

7.2 Baustellen Altengroden

Herr Walzner erklärte, dass derzeit in Altengroden sehr viele Baustellen von Ver-

/Entsorgern festzustellen seien und fragte an, ob dies nicht besser zu organisieren sei. **Herr Menke** erklärte dazu, dass natürlich alle Baumaßnahmen bei TBW angemeldet werden und es gibt entsprechende Aufbruchgenehmigungen. Bei jährlichen Treffen mit den Versorgungsträgern wird versucht, die Maßnahmen aufeinander abzustimmen, was leider nicht immer umsetzbar sei. **Herr Walzner** wies nochmals auf einige Stellen hin, die in diesem Jahr bereits 2 oder 3 mal geöffnet und geschlossen wurden, hier sollte eine bessere Absprache möglich sein. **Herr Veh** sagte dazu, man wolle natürlich eine unterbrechungsfreie Versorgung haben und so könne es auch dazu kommen, dass an Knotenpunkten oder auch an Hausanschlüssen mehrfach gearbeitet werden muss, dies ließe sich nicht immer vermeiden.

7.3 Abfallbehälter Helderei

Herr Sokolowski fragte nach Abfallbehältern an der Helderei. Zurzeit sei dort gerade eine kleine wilde Müllkippe. Er bat darum, sich darüber noch einmal Gedanken zu machen, ob dies sinnvoll ist oder nicht. **Herr Menke** erklärte, TBW nehme sich diesem Thema an.

7.4 Fahrradstraße Schellingstraße

Herr Veh fragte, wann die Fahrradstraße Schellingstraße fertig und uneingeschränkt nutzbar sei. **Herr Menke** erklärte dazu, Ziel sei Ende des Jahres.

Es folgte der nicht-öffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 12:40 Uhr

Dezernent

Vorsitzende/r

Protokollführer/in